

Niewiedergutmachung

UNRECHT Vor 40 Jahren inhaftierte die Stasi Siegfried Peschke und trieb ihn in den Ruin. Seit 30 Jahren kämpft er um angemessene Entschädigung. Er ist jetzt 86 Jahre alt – und der unwürdige Streit geht immer weiter. *Von Steffen Winter*



Stasiopfer Peschke: Auf 6700 Seiten Berichte von mehr als 30 Spitzeln gefunden

S einen Dämonen kann Siegfried Peschke nicht entkommen. Wenn er morgens in der thüringischen Kleinstadt Hermsdorf im Wohnzimmer sitzt, dann sind sie schon da. Einer lauert gleich hinter der Gardine, in einem nahen Wohnblock, Parterre. Dort lebt ein Ex-Oberstleutnant der Stasi, Offizier für Sonderaufgaben und Chef einer MfS-Kreisverwaltung. Wenn drüben die Fenster offen stehen, fürchtet der 86-jährige Siegfried Peschke noch heute, von dem gleichaltrigen Rentner abgehört zu werden.

Geht Peschke von seinem Block aus ein paar Meter schräg über die Wiese, könnte er in der Straße dort den Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) »Bernd Hohlbeck« besuchen. Hinter dem Fantasienamen verbirgt sich der Bruder seiner Frau, den der Geheimdienst auf ihn angesetzt hatte. Als Peschke seine Stasiakte durchsah, schrieb er über den Schwager als Randbemerkung: »Ein Judas in Perfektion!« Er sagt, er habe den Schwager durch das Wohnzimmerfenster noch lange nach der Wende mit Blumen zum Oberstleutnant a. D. gehen sehen.

Doch Peschkes größter Feind ist inzwischen der eigene Briefkasten. Dort kommen die Schreiben an vom Sozialgericht Altenburg, vom Verwaltungsgericht Meiningen, vom Landesverwaltungsamt in Suhl, Abteilung Versorgung und Integration. Erfreuliche Post ist selten. Seit 30 Jahren kämpft Siegfried Peschke um Gerechtigkeit. Streitet um Entschädigung für ein Jahr Stasiknast, dreieinhalb Jahre in der Haftanstalt Brandenburg, drei Jahre Zwangsarbeit an einem Keramikbrennofen, den Verlust seines Lebensmittelladens. Dieser Kampf bestimmt bis heute sein Leben.

Das Drama dieses Mannes und seiner Familie führt zurück in die DDR. Das klamme Regime lieferte in den Achtzigerjahren immer mehr Waren in den Westen, um dem Staat Devisen zu beschaffen. Gefragte Produkte

blieben im eigenen Land rar. Der interessante Handel lief deshalb meist unter der Hand: Fliesen gegen Auspuffkrümmer. Dachpappe gegen Urlaub im Erzgebirge. Spargel gegen Biberschwanzziegel. Und wenn gar nichts mehr ging, dann half Westgeld immer. Die Könige dieser Mangelwirtschaft pflegten Freundschaften und Kontakte. Am Ende profitierten alle irgendwie, sogar der Staat, denn die Bürger bekamen, was sie brauchten, und hielten Ruhe.

Siegfried Peschke war ein solcher König. Mit seiner Frau betrieb er als Kommissionshändler einen kleinen Laden der staatlichen Handelsorganisation (HO). In der Chronik der Stadt Hermsdorf steht: »Von den Hermsdorfern ›Neckermann‹ benannt, weil (fast) alles zu bekommen war.« Peschke macht's möglich, sagten die Menschen in Anlehnung an den Werbespruch der Westkonkurrenz voller Respekt.

Peschke tauschte mit Gaststätten Gemüse gegen Zigaretten und Spirituosen. Einer Frau an der richtigen Stelle im staatlichen Handel besorgte er Fußbodenbelag und einen Klubtisch. Dem Chef eines Konservenlagers war er bei der Suche nach einem Bungalow behilflich. Wenn er dann im VEB Obst, Gemüse und Speisekartoffeln seine Bestelllisten abgab, habe er ein paar Westscheine mit hineingelegt, erzählt er. Das habe Wunder gewirkt. Peschke ist noch heute stolz darauf, dass sein Laden trotz knapper staatlicher Zuteilung immer gut sortiert war.

Es gab Tausende Peschkes in der DDR, ohne sie wäre der marode Staat vermutlich schon viel früher zusammengebrochen. Der Hermsdorfer wäre mit seiner kleinen Marktwirtschaft wohl bis zum Mauerfall unbehelligt durchgekommen – hätte sich die Stasi nicht für ihn interessiert.

1978 verfasste sein heutiger Nachbar und damaliger Stasioffizier laut Akten einen Plan, wie Peschke für den Geheimdienst als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) geworben werden könnte. Ziel war die »vorbeugende Sicherung des politischen Untergrundes«, der Mann sei »durch systematische Überprüfung« als geeigneter »Kandidat im Bereich Einzelhandel« ausgewählt worden.

Er entstamme zwar kleinbürgerlichen Verhältnissen, so steht es in den Akten, aber »versteht es immer, ein gutes, über dem Durchschnitt liegendes Warenangebot bereitzustellen«. Peschke verfüge über »ein ausgeprägtes Organisationstalent«. Und



Händler Peschke, Ehefrau Elfriede, Mitarbeiterin bei Geschäftseröffnung 1964:

Auf Druck des Geheimdienstes die Gewerbeerlaubnis entzogen

Nora Klein / DER SPIEGEL

habe einen großen Freundeskreis »bis hin zu politisch-negativen Personenkreisen«. Alles Kontakte, die die Stasi offenbar allzu gern abschöpfen wollte.

Peschke erinnert sich an sechs bis acht Gespräche mit dem Stasi-Mann von nebenan. Er habe über die Versorgungslage im Kreis berichten sollen, sei gefragt worden, ob er schriftliche Berichte abgeben könne. Doch Peschke entzieht sich der Staatsmacht, so wird es auch in den Unterlagen über ihn notiert. Er unterschreibt keine Verpflichtungserklärung.

Es dauert nicht lange, bis die Stasi den Spieß umdreht: vom Fast-Informanten zum Staatsfeind. Sie legt 1980 eine Akte zur Operativen Personenkontrolle (OPK) mit dem Decknamen »Polyp« an. Aus dem eben noch gelobten Organisationstalent wird ein Feind. Die Unterschriften in der Akte stammen vom heutigen Nachbarn, dem Stasioffizier. Eine OPK legte der Geheimdienst an, um Verbrechen und Straftaten auf die Spur zu kommen. Auch »feindlich-negative« Haltungen sollten erkannt werden. In der Praxis wurde jeder Stein so lange umgedreht, bis an dem Betroffenen irgendetwas hängen blieb.

Bei Siegfried Peschke ist es am Ende ein bunter Strauß an Vorwürfen: Diebstahl von sozialistischem Eigentum, Beihilfe zur Untreue, Bestechung und Verletzung des Valuta-Monopols. Die Tauschgeschäfte werden zu schweren Straftaten hochgespielt. Im April 1980 wird Peschke verhaftet, er landet in der berüchtigten Stasiuntersuchungshaftanstalt Gera.

Die Vernehmer hätten ihm anfangs versichert, er könne mit einer milderen Strafe rechnen, wenn er vertraulich über seine Geschäftsfreunde berichte, so erzählt es Peschke. Wer habe gegen Gesetze verstoßen oder wolle in den Westen aus-

reisen? Wie stehe es um deren Eheverhältnisse, wer trinke übermäßig Alkohol?

Wenn Peschke nicht mitgemacht habe, seien die Stasi-Männer ungehalten geworden. Peschke berichtet von Schlägen. Und davon, dass sie ihm androhten, seine Frau zu verhaften. Und die beiden Kinder in ein Heim zu stecken. Ein Vernehmer fragt, ob die Decke des Zimmers weiß oder schwarz sei. »Weiß«, sagt Peschke. »Schwarz«, der Vernehmer. Machtspiele. Der Stasi-Mann schnauft: »Wir werden noch zeigen, was wir aus Ihnen machen«, erinnert sich Peschke.

Zur gleichen Zeit wie Peschke ist der damals 23-jährige Bürgerrechtler Matthias Domaschk in Geraer Stasihaft. Im April 1981 stirbt Domaschk nach stundenlangen Verhören ein Stockwerk über Peschke im Besucherraum der Anstalt. Die Stasi behauptet, es sei Selbstmord gewesen. Freunde, Bekannte und Experten wie der Berliner Rechtsmediziner Michael Tsokos zweifeln das an. Der Fall ist bis heute ungeklärt.

Die Bedrohungen und Erpressungsversuche der Vernehmer, so schreibt es ein Mithäftling Peschkes später in einer eidesstattlichen Versicherung für dessen Rehabilitierung, hätten bei Peschke zu Depressionen geführt. Er habe am ganzen Körper gezittert und die Scherbe einer Fensterscheibe versteckt, um seinem Leben ein Ende zu setzen. »Ich habe versucht, ihn in langen Gesprächen vom Selbstmord abzuhalten.«

Draußen versucht Peschkes Frau Elfriede, mit dem Wahnsinn klarzukommen. Ihr Bruder, der Stasispitzel »Bernd Hohlbeck«, ist Volkspolizist, der Stasi berichtet er vertraulich: »Peschke verherrlicht in vielen Gesprächen die Entwicklung in der BRD.« Er »prophezeite mehrmals bereits den Zusammenbruch der Wirtschaft in der DDR«. Er sei »unehrlich, aber selbstsicher«. Nach Peschkes Verhaftung beteuert er, »die Maßnahmen der Sicherheitsorgane werden von uns unterstützt«, so steht es in Berichten. Man distanzieren sich von den Handlungen des Untersuchungshäftlings.

Elfriede Peschke weiß davon nichts, sie wendet sich an die Ex-Frau des Bruders. Auch sie ist eine überzeugte Kommunistin. Fünf Jahre Abgeordnete der Volkskammer, Mitarbeiterin der SED-Kreisleitung Stadtroda. Dennoch vertraut ihr die verzweifelte Frau. Elfriede Peschke trifft sie sogar in deren Wohnung. Sie hat dort Angst, bittet, die Gardinen zu-

»In der DDR hat mich die Staatssicherheit verfolgt. Nach der Wende die Behörden.«

zuziehen. Sie fragt nach Stift und Zettel, weil sie fürchtet, abgehört zu werden. Dann schreibt sie auf, dass bei der Hausdurchsuchung 5000 Mark übersehen wurden. Ob sie das Geld hierlassen könne. Geld mache nicht glücklich, habe die SED-Frau laut Stasi zur Antwort gegeben. Sie solle es den Sicherheitsorganen übergeben. Elfriede Peschke ist enttäuscht und zerreißt den Zettel in winzige Stücke, wirft sie in den Papierkorb.

Nach der Wende finden sich die Schnipsel in der Akte wieder. Fein säuberlich zusammengeklebt.

Trotz aller Repressionen kooperiert die Peschke nicht. Die Stasi bereitet die Anklage vor, im Frühjahr 1981 steht der Einzelhändler im Bezirksgericht Gera. Der Prozess ist eine Farce. Im Stasiarchiv gibt es einen Verlaufsbericht der Verhandlung. Daraus geht hervor, dass 139 leitende und verantwortliche Mitarbeiter »aus dem Bereich Handel und Versorgung des Bezirkes Gera« zu dem Prozess gekarrt wurden. Es ist ein klassischer Schauprozess.

Das Urteil: sieben Jahre Freiheitsstrafe, 25 000 Mark Geldstrafe, eine Münzsammlung im Wert von 79 000 Mark wird eingezogen. Der Wartburg geht an den Staat, ebenso Ringe, Ketten, eine Kaminuhr und ein Blaupunkt-Autoradio aus dem Westen. 60 000 Mark Schadensersatz soll Peschke an die staatliche Handelsorganisation zahlen – das Vierfache eines durchschnittlichen Jahreseinkommens in der DDR. Kurz nach dem Urteil wird Peschkes Frau Elfriede die Gewerbeerlaubnis entzogen. Der »Neckermann« von Hermsdorf muss schließen.

Siegfried Peschke kommt in die Vollzugsanstalt Brandenburg, in der bis Kriegsende Erich Honecker einsaß. Hier endlich würdigt der Staat Peschkes Talent: Er organisiert die Essensausgabe. Nach dreieinhalb Jahren zwischen Schwerverbrechern aller Art kommt der Häftling zur Bewährung in den VEB Keramische Werke Hermsdorf. Drei Jahre steht er dort am Brennofen. Die Arbeit in vier Schichten ist ebenso anstrengend wie gesundheitsgefährdend, giftiges Barium tritt aus.

Seine Frau arbeitet inzwischen als Verkäuferin in einer Fleischerei. Als Peschke mit Ende der Bewährung den Brennofen verlassen darf, wird er Lagerverwalter. Als der von ihm vorausgesagte Zusammenbruch des SED-Staats Wirklichkeit wird, bleibt er wieder auf der Strecke: Weil er noch nicht lange im Betrieb war, ist er einer der Ersten, denen gekündigt



Nora Klein / DER SPIEGEL

Reutner Peschke in Hermsdorf:

»Brandmarkung eines missliebigen gewordenen Bürgers«

wird. Peschke muss mit Mitte fünfzig in den Vorruhestand und gilt als vorbestraft.

Vor 30 Jahren schreibt der Ruheständler dann zum ersten Mal an das Innenministerium in Bonn. Er verweist auf das neue Rehabilitierungsgesetz von 1990. Er sei bereits beim Gericht vorstellig geworden, doch besitze er keine Unterlagen zu seinem Fall. Er bemühe sich »nicht um Gnade, sondern um Recht«.

Peschkes Leben erinnert von nun an an ein Gedicht von Bertolt Brecht: Die Mühen der Gebirge liegen hinter ihm, doch vor ihm liegen die Mühen der Ebenen.

Im Januar 1991 stellt Peschke einen Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung, später einen Antrag auf Beschädigtenversorgung wegen erlittenen SED-Unrechts, einen Antrag auf berufliche Rehabilitierung.

Ende 1993 erklärt das Landgericht Gera das alte Urteil gegen Siegfried Peschke zwar für »rechtsstaatswidrig«. Doch für schuldig hält es ihn doch. Vier Jahre Haft wären in Ordnung gewesen, nur die drei Jahre darüber hinaus seien Unrecht, finden die Richter. Auch die Beschlagnahme der Münzsammlung und des Wartburg seien falsch gewesen. »Im Übrigen wird der Rehabilitierungsantrag zurückgewiesen.«

Der Ruheständler bleibt auch in der Bundesrepublik ein Wirtschaftsverbrecher.

Inzwischen hat Peschke seine Stasiakten einsehen können, 6700 Seiten. Mehr als 30-mal macht sich der Mann auf den schweren Gang ins Archiv in Gera. Es ist, als hätten Fremde ohne sein Wissen Tagebuch über sein Leben geführt. Gefüttert von verlo-

genen Freunden und Verwandten. Er lernt den Vorgang »Polyp« kennen, findet seinen Schwager als Spitzel wieder. Findet heraus, dass auf ihn 35 bis 40 Leute angesetzt waren.

Seine Frau erleidet danach einen Nervenzusammenbruch.

Peschke kann derzeit in Hermsdorf sehen, wie der Stasinachbar, der Genosse Oberstleutnant, eine gut gehende Transportfirma gründet – während er sich in der Gauck-Behörde durch die Trümmer seiner Existenz wühlt.

1995 korrigiert das Thüringer Oberlandesgericht die Geraer Richter. Das DDR-Urteil wird nun aufgehoben. Strafakten und Stasiakten hätten ergeben, dass das ganze Verfahren »rechtsstaatswidrig geführt worden ist«. So seien die Anhebungsversuche des MfS »ursächlich für die Einleitung der Ermittlungen gewesen«. Das Verfahren sei »vor »gezielter Öffentlichkeit« als Schauprozess« abgelaufen.

Fazit des Oberlandesgerichts: »Das Strafverfahren gegen den Betroffenen diente nicht der Wahrheitsfindung, sondern der gesellschaftlichen und beruflichen Brandmarkung eines missliebigen gewordenen Bürgers: missliebigen geworden durch Ablehnung einer Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter für das MfS.«

Peschke ist nun, 1995, vollständig strafrechtlich rehabilitiert. Er bekommt eine Haftentschädigung von rund 17 000 Euro. Er erhält eine kleine Opferrente und 156 Euro monatlich für Folgeschäden aus der Haft. Gutachter haben bei Peschke eine erhebliche Schädigung seiner Gesundheit festgestellt, ausgelöst durch die Verfolgung von Stasi und SED. Er

Zehn Jahre könnte der Rechtsweg dauern. Siegfried Peschke wäre dann 97 Jahre alt.

leide unter einer posttraumatischen Belastungsstörung.

Es sind aber nur kleine Schritte Richtung Gerechtigkeit. Denn der deutsche Gesetzgeber hat für DDR-Opfer wie Peschke einen wahren Hürdenlauf erfunden. Für eine erfolgreiche Ehrenrettung müssen sie diese drei überspringen: die strafrechtliche Rehabilitation, die berufliche und die verwaltungsrechtliche.

Im Thüringer Behördenwirrwarr verheddert sich Siegfried Peschke über die Jahre, er muss Anwälte bezahlen, die Haftentschädigung sei fast komplett an diverse Kanzleien gegangen, erzählt er. Er habe Fristen verpasst. Derzeit beschäftigt sich das Sozialgericht Altenburg mit dem Fall. Es geht darum, zu welchem Grad Peschkes Gesundheit nun tatsächlich geschädigt ist. Am Verwaltungsgericht Meiningen liegen zwei Verfahren, die eine mögliche Entschädigung für den Verlust seines Berufs betreffen. Es geht um Berechnungsgrundlagen und auch um die Frage, ob die Anwaltskosten in Höhe von 4500 Euro vom Staat übernommen werden, bevor der Prozess überhaupt beginnt. Bisher hat das Gericht das abgelehnt.

Der Kampf raubt Peschke die Kraft, inzwischen an Krebs erkrankt, kämpft er mit seinen 86 Jahren um die vollständige Anerkennung seines Leids. Denn die größte Geldentschädigung für den Verlust seines Jobs als Lebensmittelhändler steht noch aus, der Fall wandert bis heute durch die Thüringer Gerichte und Amtsstuben.

Die Rechnung ist simpel: Wie wäre sein Leben verlaufen, wenn sich die Stasi nicht eingemischt hätte? Peschke konnte durch Inhaftierung und Zwangsarbeit nicht mehr in seinem Beruf arbeiten. Nach der Wende hätte er – ohne die Vorgeschichte – mit seinem Talent womöglich Marktleiter in einem Supermarkt werden können, statt als ausgemusterter Vorruhestandler zu Hause zu sitzen. Er hätte dadurch auch eine höhere Rente. Rechnet man die entstandenen Verluste hoch, kommt schnell eine Summe jenseits von 150 000 Euro zusammen. Berufsschadensausgleich heißt das im Bürokratendeutsch.

Wolfgang Loukidis kennt sich aus mit solchen Fällen. Der Schweriner Anwalt im Ruhestand, einstiger Kirchenjurist und DDR-Bürgerrechtler, vertritt Siegfried Peschke seit 2016 bei seiner Odyssee durch die Thüringer Amtsstuben. Vorher hat er zehn Jahre damit zugebracht, einer DDR-Opferfamilie am Landessozialgericht Hamburg eine Zahlung von insge-

samt 200 000 Euro zu erstreiten. Im baden-württembergischen Böblingen dauerte es elf Jahre, bis einem Opfer 248 000 Euro nachgezahlt wurden und sich die monatliche Rente um satte 1500 Euro erhöhte.

Der Freistaat Thüringen weigert sich bis heute, dem anerkannten Stasiopfer Siegfried Peschke einen Ausgleich zu zahlen. Mal wird um eine verwaltungsrechtliche Rehabilitation gestritten, mal um den tatsächlichen Grad seiner gesundheitlichen Schäden. Die Behörde behauptet etwa, die posttraumatische Belastungsstörung beziehe sich ausschließlich auf die Haftzeit und wirke nicht nach. Als ob der Sträfling sie an der Pforte der Vollzugsanstalt Brandenburg zusammen mit der Häftlingskleidung abgegeben hätte.

Im Moment beschäftigt sich das Thüringer Landesverwaltungsamt mit dieser Frage. Dort wird bislang bezweifelt, dass Peschke unter einer »verfolgungsbedingten Gesundheitsschädigung« leidet, die ihm auch nach der Wende noch Probleme bereitete und so daran hinderte, einen gut dotierten Job zu finden. Wieder soll ein Gutachten her.

Die meisten Opfer geben schon viel früher auf.

Untersuchungsgefängnis in Gera um 1960, Jurist Loukidis:

»Die Opfer sind auch nach 30 Jahren Opfer geblieben«



In Thüringen regiert ein linker Ministerpräsident. Bodo Ramelow kommt zwar aus dem Westen, aber seine Partei ist Rechtsnachfolgerin der SED. Ramelow hat mit Amtsantritt 2014 versichert, er wolle die Aufarbeitung der SED-Diktatur zur Chefsache machen. Trotzdem scheitert Ramelow im Fall Peschke offenbar an seiner eigenen Verwaltung. Der Familie schreibt er: »Es ist so entnervend und endlos zäh. Ich empfinde es als sehr bedrückend.«

Der Regierungschef schließt mit den Worten: »Ehrlicherweise finde ich es keinen angemessenen Umgang mit Opferbiografien aus der DDR.« Der Fall liegt in seiner Stabsstelle für Bürgeranliegen, die zwar mahnende Briefe an beteiligte Behörden schreiben, aber keine Entscheidungen herbeiführen kann.

Im September wird Peschke 87 Jahre alt. Seit seine Frau 2019 starb, kämpft er allein mit seinen Dämonen. »In der DDR«, klagt er, »hat mich die Staatssicherheit verfolgt. Nach der Wende die Behörden.« Jurist Loukidis rechnet auf dem Rechtsweg mit zwei Instanzen. Zehn Jahre könnte es dauern, bis dem Thüringer endlich ein nennenswerter Ausgleich für sein Leid gezahlt würde. Dann wäre Peschke 97. Der Jurist spricht von »behördlichem Versagen«.

»Die Opfer sind auch nach 30 Jahren Opfer geblieben, weil die meisten Behörden statt mit den Betroffenen gegen sie arbeiten.« Ohne einen Anwalt kämen sie nicht zu ihrem Recht. Nach seinem Aktenstand hätte der Fall schon vor 23 Jahren durch das Landesamt für Rehabilitation geklärt sein müssen, sagt Loukidis.

Peschke hofft weiter auf Gerechtigkeit, aber er ist Realist. Er hat drei der Stasispitzel, die auf ihn ange-setzt waren, wegen politischer Verdächtigung und Freiheitsberaubung angezeigt, darunter seinen Schwager. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren gegen alle ein. Die Denunziation war verjährt, die mittelbare Freiheitsberaubung nicht zu belegen. Das Verfahren gegen seinen DDR-Staatsanwalt: eingestellt. Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung hätten nicht mit der »erforderlichen Sicherheit nachgewiesen« werden können.

Das Verfahren gegen den einstigen Richter erledigte sich von selbst. Der starb während der Untersuchung. Auch seine beiden Stasivernehmer zeigte Peschke wegen Nötigung an. Sie wiesen alle Vorwürfe von sich. Drei Jahre lag der Fall bei der Staatsanwaltschaft in Erfurt. Dann wurde er eingestellt. ■